

Das Gesetz zur Informationsfreiheit garantiert jeder Person das Recht, auf Antrag Zugang zu amtlichen Informationen durch die Behörden zu erhalten. [REDACTED]



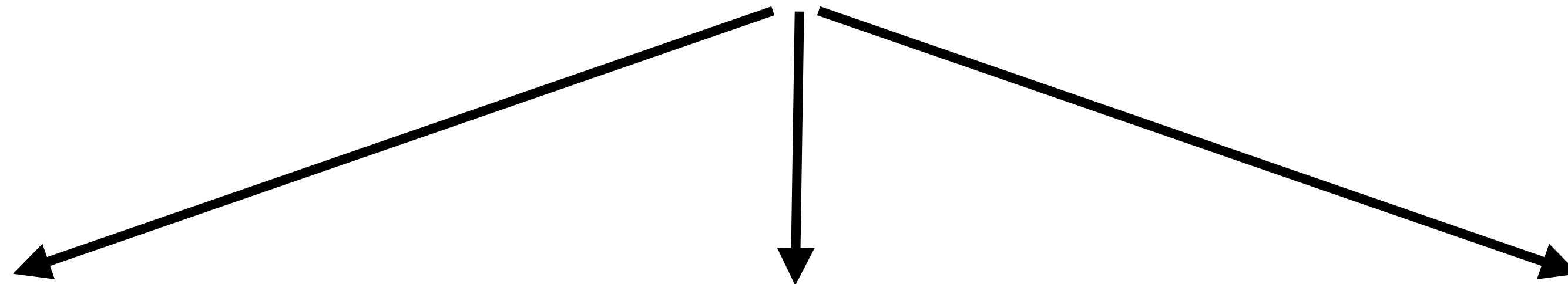
„Durch Portale wie FragDenStaat gelangen immer mehr Dinge an die Öffentlichkeit. Das ist eine Entwicklung, die für die Verwaltung nicht wünschenswert ist.“



Bundesministerium des Innern  
vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, [21.2.2019](#)



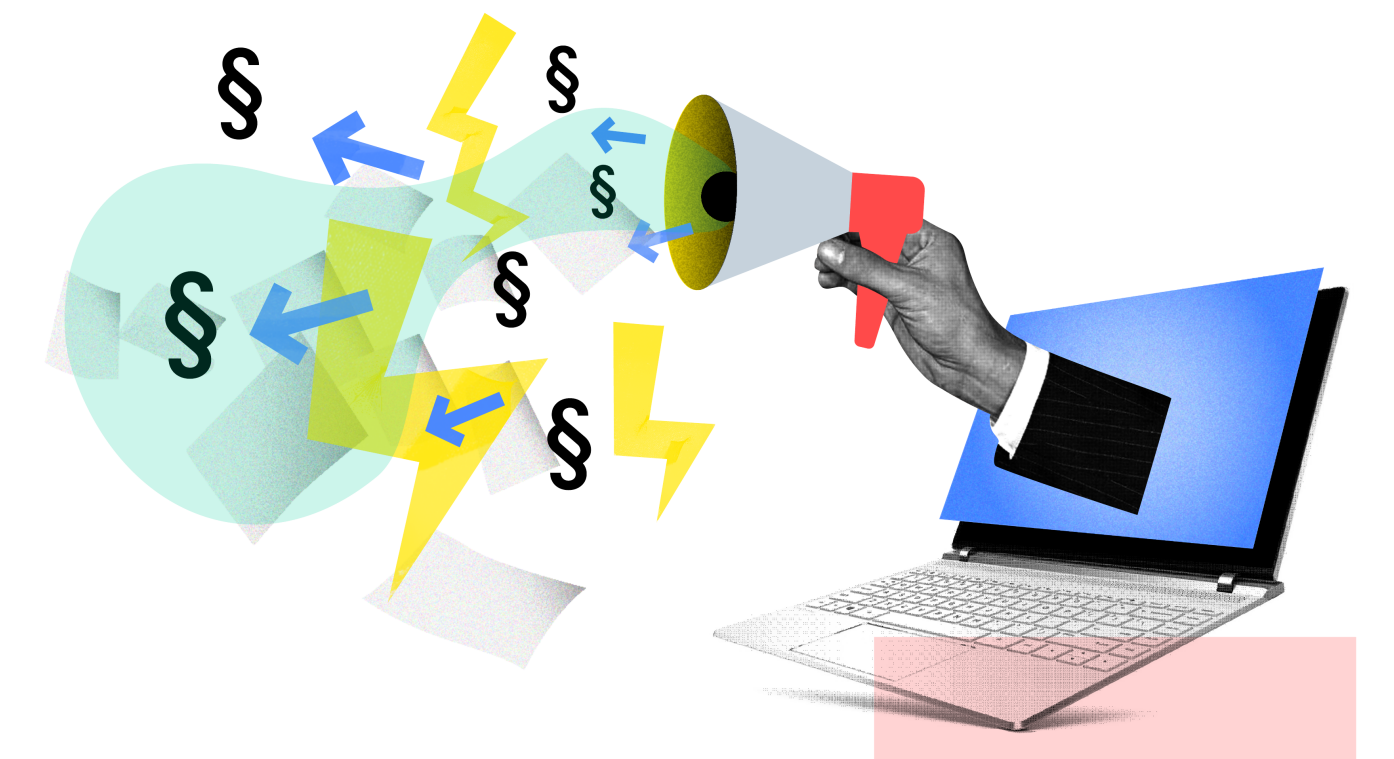
# FragDenStaat



Investigative Recherchen



Klagen

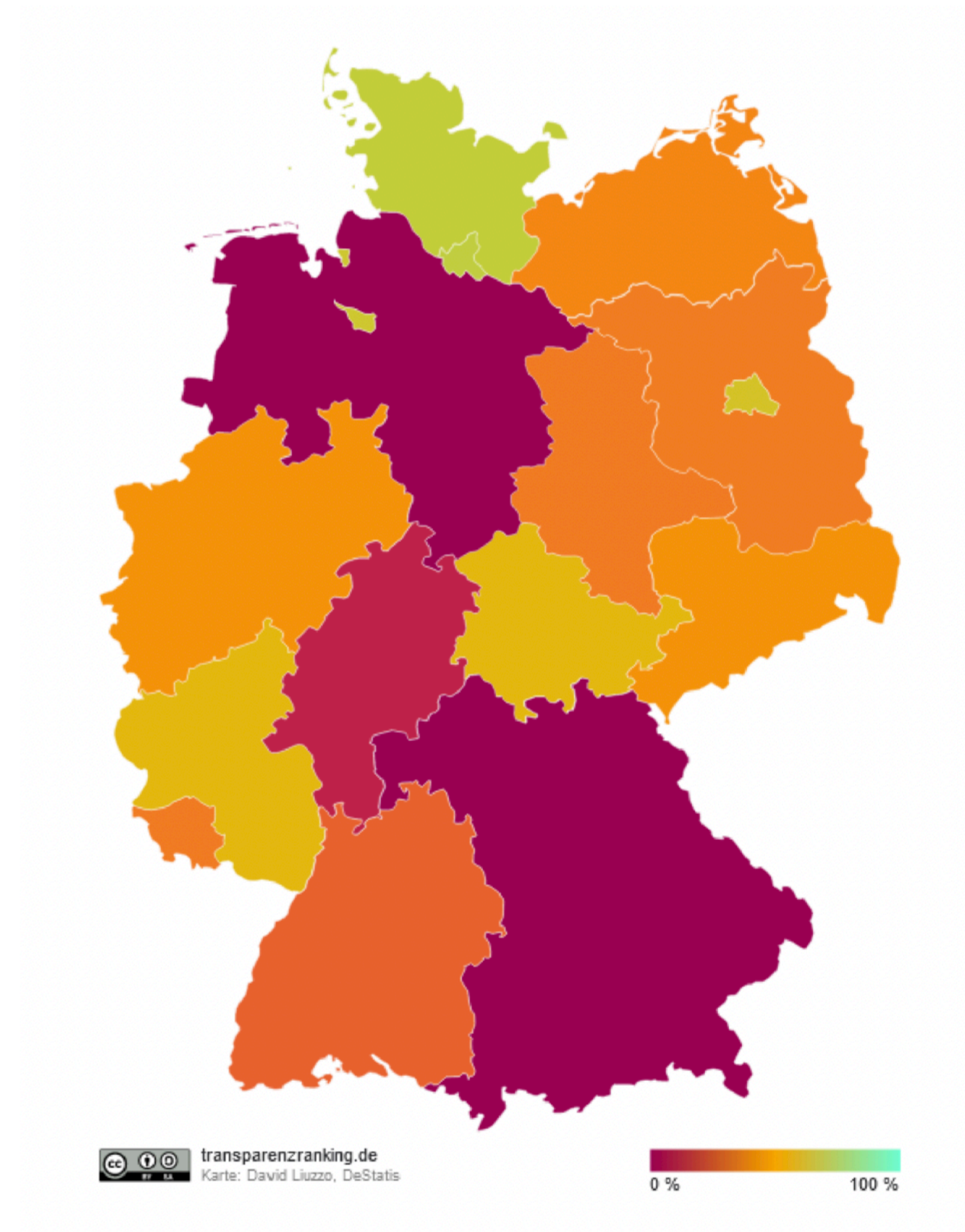


Plattform

IFG  
UIG  
VIG

1049/2001

Presserecht



## **Presserecht**

Frage

schnell

nur Journalist:innen

Pressestelle

überall

kostenlos

## **IFG**

Dokumente

langsamer

jede:r

andere Stellen

fast überall

Gebühren

# Und bei wem?

---

grundsätzlich: alle öffentlichen Stellen

- Ministerien
- Ämter
- (Hoch-)Schulen
- Museen
- Sparkassen
- Krankenkassen
- öffentliche Rundfunkanstalten



[REDACTED]

---

Von: [REDACTED]  
Gesendet: Montag, 13. Mai 2024 12:28  
An: [REDACTED]  
Cc: [REDACTED]  
Betreff: WG: Eilt: Bitte um Einschätzung förderrechtliche Bewertung eines offenen Briefs von Hochschullehrern

Lieber Herr [REDACTED] lieber Herr [REDACTED]

Sie hatten ja bereits Antisemitismusklauseln für die Projektförderung geprüft.

Nun ist im Kontext Antisemitismus eine weitere Frage aufgetaucht. Demonstranten haben in der letzten Woche auf dem Campus der FU einen Hörsaal bzw. einen Innenhof zu besetzen versucht. Dabei wurden Die Hochschulleitung hat daraufhin von ihrem Hausrecht Gebrauch gemacht, die Polizei gerufen, die die Demonstration geräumt hat, Festnahmen getätigt und Personalien aufgenommen hat. Hierzu gab es einen offenen Brief einer Vielzahl von Hochschullehrern, die sich gegen den Polizeieinsatz gewendet haben. [REDACTED] haben wir gebeten zu prüfen, ob dieses Schreiben strafrechtlich relevante Inhalte enthält. (vermutlich ist dies nicht so ganz eindeutig, da womöglich die Aussagen von der Meinungsfreiheit gedeckt sein könnten).



Statement von  
Lehrenden an Be...

Die Frage, die nun im Raum steht, und bei denen wir für Ihre Einschätzung dankbar wären: Wäre eine Entziehung einer etwaigen BMBF-Förderung möglich? Letztlich wäre so etwas natürlich eine politische Entscheidung, die sehr gut abgewogen sein müsste. Als Grundlage hierfür bittet die Leitung zunächst um eine Einschätzung, ob dies zumindest theoretisch möglich wäre. Für eine kurzfristige Rückmeldung wären wir sehr dankbar.

Gerne können wir hierzu auch telefonieren:

Vielen Dank und mit besten Grüßen

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

(interne) E-Mails

Fördermittellaffaire Bildungsministerin Stark-Watzinger

Juni 2024

Der **Stiftungsfokus** insgesamt liegt auf den **größten deutschen Familienunternehmen, die nicht dem Mittelstand zuzurechnen sind**. Nach eigenen Angaben wird die Stiftungsarbeit von rd. 600 Förderern aus dem Kreis großer deutscher Familienunternehmen getragen.

Vorbereitungsunterlagen

Reiche bei Stiftung Familienunternehmen

Oktober 2025

04.09.2015

### Stellungnahme des BfR zur IARC-Monographie über Glyphosat

#### Vorwort

Der Entwurf des Bewertungsberichtes (RAR, *engl. Renewal Assessment Report*) für Glyphosat wurde im März 2014 veröffentlicht. Im Februar 2015 wurde der durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) erstellte und nach der Konsultation mit den Mitgliedsstaaten und der Öffentlichkeit überarbeitete RAR für Glyphosat im Rahmen eines Experten-Treffens bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA, *engl. European Food Safety Authority*) diskutiert. Im Nachgang zu diesem Treffen wurde der RAR für Glyphosat durch das BfR nochmals ergänzt. Es wurden weitere Erläuterungen zu bestimmten Sachfragen und zusätzliche Bewertungstabellen zur Klarstellung eingefügt. Am 01. April 2015 wurde diese ergänzte Version an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zur Weiterleitung an die EFSA übermittelt.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC, *engl. International Agency for Research on Cancer*), eine Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO, *engl. World Health Organization*), hat Glyphosat auf Grundlage der weltweit frei verfügbaren Literatur zu Glyphosat bewertet und den Wirkstoff als „wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen (Gruppe 2A)“ beurteilt. Die vollständige Monographie zu Glyphosat (Volume 112) wurde am 29. Juli 2015 veröffentlicht.

Als berichterstattender Mitgliedstaat (RMS, *engl. Rapporteur Member State*) für das europäische Verfahren zur erneuten Genehmigung des Wirkstoffes Glyphosat wurde

Gutachten

Gutachten zu Krebsrisiko von Glyphosat

## Für eine Trassenführung durch den Greifswalder Bodden wird eine Kohärenzmaßnahme benötigt

- > Im Fall einer **erheblichen Beeinträchtigung des Gebietes** ist die **Verfügbarkeit einer Kohärenzmaßnahme** eine **zwingende Voraussetzung** für die Realisierung des Projekts
- > Keine geeignete (reale) Kohärenzmaßnahme realisierbar - **Neuausweisung eines Natura 2000 Gebietes** für den LRT 1160 (große flache Meeresbucht) als **einzige Möglichkeit\***
- > Eine **Neuausweisung** ist **politisch umstritten** da Nutzungsrechte Dritter eingeschränkt werden
- > **LU MV** (Arbeitsebene) hält die **Neuausweisung** im Falle einer erheblichen Eingriffsbewertung für **möglich und unterstützungswürdig**

\*Meeting Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz MV am 09.03.2016

### Unterstützungsbedarf:

- > Eine **politische Flankierung** der Neuausweisung ist für NSP2 von großer Wichtigkeit
- > Ein entsprechender **Kabinettsbeschluss** ist **in der laufenden Legislaturperiode** wünschenswert

9

Präsentationen

Nord Stream 2

April 2022 x Die Zeit

über

Herrn St E

Herrn AL M [UW 20/5 Rege Gespräch auf hoher Be-  
amtenebene](#) [REDACTED] und BB an

Frau ALn B [ISF 20.5](#)

Herrn AL Z [MvS 20.5.](#)

Herrn L Stab R [AS 20/5](#)

Herrn SV B [Pa 20.05.](#)

Herrn UAL Z II [Bu 20.5.](#)

Abdrucke:

B 1, Z II 1, Z II 3

Es besteht mithin ein mögliches erhebliches vergaberechtliches und in der Folge auch haushaltmäßiges Risiko mit nicht auszuschließenden nachteiligen Folgen für den Bund.

**Referate B 1, Z II 1 und Z II 3 haben mitgezeichnet.**

Betr.: Ein- und Ausreisezentrum Flughafen BER

Bezug: Gespräch Frau Stn Seifert mit [REDACTED] am Rande  
der IMK-Vorbesprechung am 17.05.2022

Anlage: Gemeinsame Grundsatzverständigung über die Projektierung eines Ein-  
reise- und Ausreisezentrums am Flughafen BER

Vorlage vom 16.05.2022

Vermerke

Abschiebezentrum am BER

Juni 2024 x DerTagesspiegel

## Fazit

Es ist **rechtlich nicht möglich, dass Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft einen niedrigeren gesetzlichen Mindestlohn** erhalten. Bereits mit der Einführung des Mindestlohns sind entsprechende Forderungen geprüft und abgelehnt worden.

Vermerke

Mindestlohn Saisonarbeiter

Februar 2026

- in laufenden wie auch in künftigen Ordnungswidrigkeitenverfahren Bußgelder nur noch bei schweren Vorwürfen im Sinne des Koalitionsvertrages zu verhängen, d. h. in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens die nach dem Reg-E verbliebenen Bußgeldtatbestände nur noch dann anzuwenden, wenn die Menschenrechtsverletzungen, die über die Einhaltung der betreffenden Sorgfaltspflichten adressiert werden sollen, aufgrund
  - ihres Ausmaßes,
  - ihrer Tragweite oder
  - ihres irreversiblen Charakters, einschließlich der Anzahl von Personen, die betroffen sind oder sein können, ihrer Unumkehrbarkeit und der Grenzen der Möglichkeiten, die betroffenen Personen innerhalb eines angemessenen Zeitraums wieder in eine Situation oder einen Zustand zu versetzen, die der Situation bzw. der dem Zustand vor den Auswirkungen entspricht, besonders gravierend sind.

Weisung

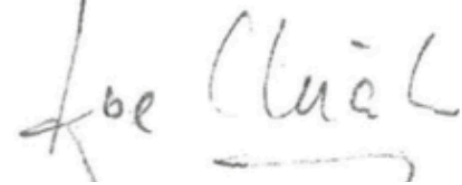
Lieferkettengesetz

Oktober 2025

Das Abgeordnetenhaus stellt im Doppelhaushalt 2024/2025 im Kapitel 0850, Titel 68406, jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von 10.000.000 € im neu geschaffenen Teilansatz 8 „Projekte gegen Antisemitismus und zur Förderung des interreligiösen Dialogs“ zur Verfügung.

Der Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidet im Rahmen seiner Ressortverantwortung, dass die in der Anlage zu diesem Schreiben genannten Antragsteller für ihre Projekte zur Antisemitismusprävention bei Erfüllung der haushalts- und zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen Mittel aus dem o.g. Titel erhalten. Eines zentralisierten Antragsverfahrens bedarf es hierzu nicht. Die in der Anlage<sup>1</sup> genannten Institutionen und Projektträger werden zur Antragstellung direkt aufgefordert.

Joe Chialo



- Sofern an der Förderung der Projekte festgehalten werden soll, bleibt somit nur eine Bescheidung der Vorhaben ohne inhaltliche Prüfung.
- Hiervon ist aus zuwendungsrechtlicher Sicht abzuraten (nicht zuletzt mit Blick auf die Haftung im Fall von Verstößen gegen das Zuwendungsrecht mit Schadensfolgen).
- Hingewiesen sei auch darauf, dass in der Sitzung des Hauptausschusses vom 02.04. ein Berichtsauftrag erteilt wurde, der die Kriterien für Projekte mit besonderer politischer Bedeutung in Höhe von insgesamt 3,4 Mio EUR betrifft.

Alle vorliegenden Akten

CDU-Fördermittelauffäre

Januar 2026

Es dürfen jetzt keine neuen Hürden, Schikanen oder Verzögerungen in das Projekt kommen. Letzte Woche sagtest Du mir, mit meinem Schreiben hast Du alle erforderlichen Informationen, um die Anträge zu bewilligen. Wenn Du doch noch weitere Informationen benötigst, sage gerne Bescheid, aber Sorge bitte dafür, dass das in Deiner Verwaltung nicht weiter sabotiert wird.

CDU-Abgeordneter Goiny

Sehr gerne! Ich habe gerade das mit dem 10% mit Olli und [REDACTED] [REDACTED] besprochen, das ist die LHO Vorgabe. Wir können uns aber drüber hinweg setzen, was wir hiermit tun werden.

Kultursenatorin Wedl-Wilson



(SMS)

CDU-Fördermittelafläre

Januar 2026

# Fristen

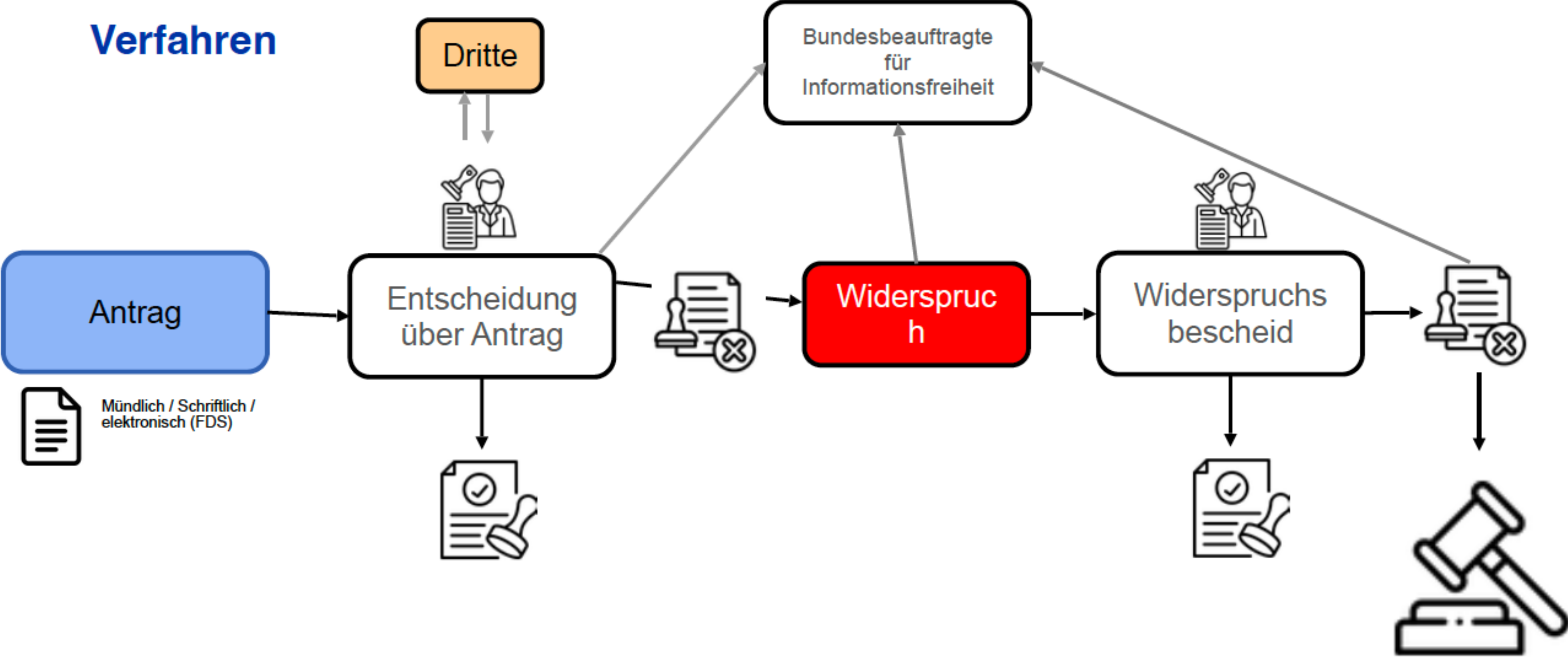
1 Monat: SOLL-Frist

3 Monate: HARTE-Frist

—> Untätigkeitsklage



# Verfahren



## Wir bringen Licht ins Dunkel der Behörden

Jede Person hat das Recht auf Informationen aus Politik und Verwaltung. FragDenStaat hilft Ihnen dabei, Ihr Recht durchzusetzen.



### So funktioniert's:

1

Sie stellen eine Anfrage. Wir leiten diese an die zuständige Behörde weiter.

2

Sie erhalten eine E-Mail, sobald die Behörde auf Ihre Anfrage reagiert.

3

Die Antwort wird für Sie und auch für andere öffentlich einsehbar, transparent und gemeinnützig.



**Vera Deleja-Hotko**

An Auswärtiges Amt Details ▾

am 09.06.2022

Antrag nach dem IFG/UIG/VIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bildschirmfoto

senden Sie mir Folgendes zu:

1) sämtliche interne Geschäftsanweisungen, Dienstanweisungen, Arbeitshilfen, Leitfäden des Auswärtigen Amtes in Bezug auf den Familiennachzug an das Bundesinnenministerium, die Landesinnenministerien und/oder die jeweiligen Ausländerbehörden im Jahr 2016, 2017, 2021 und 2022

2) Lageberichte zu folgenden Ländern in den Jahren 2016, 2017 und aktuell

- Afghanistan
- Irak
- Syrien
- Ukraine

[\[... Zeige kompletten Anfragetext\]](#)

Mit freundlichen Grüßen

Vera Deleja-Hotko

0 Kommentare

Als Fax versenden

Schwärzen

Problem?



**Vera Deleja-Hotko**

An Auswärtiges Amt Details ▾

am 09.06.2022

Antrag nach dem IFG/UIG/VIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte senden Sie mir Folgendes zu:

1) sämtliche interne Geschäftsanweisungen, Dienstanweisungen, Arbeitshilfen, Leitfäden des Auswärtigen Amtes in Bezug auf den Familiennachzug an das Bundesinnenministerium, die Landesinnenministerien und/oder die jeweiligen Ausländerbehörden im Jahr 2016, 2017, 2021 und 2022

2) Lageberichte zu folgenden Ländern in den Jahren 2016, 2017 und aktuell

- Afghanistan
- Irak
- Syrien
- Ukraine

Dies ist ein Antrag auf Zugang zu amtlichen Informationen nach § 1 des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (IFG) sowie § 3 Umweltinformationsgesetz (UIG), soweit Umweltinformationen im Sinne des § 2 Abs. 3 UIG betroffen sind, sowie § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (VIG), soweit Informationen im Sinne des § 1 Abs. 1 VIG betroffen sind.

Sollte der Informationszugang Ihres Erachtens gebührenpflichtig sein, möchte ich Sie bitten, mir dies vorab mitzuteilen und detailliert die zu erwartenden Kosten aufzuschlüsseln. Meines Erachtens handelt es sich um eine einfache Auskunft. Gebühren fallen somit nach § 10 IFG bzw. den anderen Vorschriften nicht an. Auslagen dürfen nach BVerwG 7 C 6.15 nicht berechnet werden. Sollten Sie Gebühren veranschlagen wollen, bitte ich gemäß § 2 IFGGebV um Befreiung oder hilfsweise Ermäßigung der Gebühren.

Ich verweise auf § 7 Abs. 5 IFG/§ 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 UIG/§ 4 Abs. 2 VIG und bitte Sie, mir die erbetenen Informationen so schnell wie möglich, spätestens nach Ablauf eines Monats zugänglich zu machen. Kann diese Frist nicht eingehalten werden, müssen Sie mich darüber innerhalb der Frist informieren.

Ich bitte Sie um eine Antwort per E-Mail gemäß § 1 Abs. 2 IFG. Ich widerspreche ausdrücklich der Weitergabe meiner Daten an behördenexterne Dritte. Sollten Sie meinen Antrag ablehnen wollen, bitte ich um Mitteilung der Dokumententitel und eine ausführliche Begründung.

Ich möchte Sie um eine Empfangsbestätigung bitten und danke Ihnen für Ihre Mühe!

Mit freundlichen Grüßen

Vera Deleja-Hotko

„Ich habe gar nichts gegen FragDenStaat.“



Philipp Amthor

Bundestagsabgeordneter (CDU), [1.4.2025](#)

✉: [vera.deleja-hotko@okfn.de](mailto:vera.deleja-hotko@okfn.de)

🦋: @veradelejahotko.bsky.social

📷: @vera\_deleja\_hotko

vera\_deleja\_hotko.24

BV3FXSKA

✉: [arne.semsrott@okfn.de](mailto:arne.semsrott@okfn.de)

🦋: @arne.semsrott

📷: @arne.semsrott



